
BESCHREIBUNG INITIATIVE ERNEUERBARE WÄRME

Hilfe für Familien
Stärkung der Wirtschaft
Reduktion der CO² Emissionen

Eine ausführliche Beschreibung der Initiative
Erneuerbare Wärme –Wohnen (2012-2016)

Ein Vorschlag von ENERGYPEACE zur
Senkung der Heizkosten von Familien und Haushalten
(Energiewende Heizen)
September 2011

GLIEDERUNG:

1. Einleitung: Das Problem der hohen Heizkosten
2. Der Umbau der Heizsysteme als Lösungsvorschlag
3. Die Finanzierung durch eine Novelle des Mineralrohstoffgesetzes
4. Die positiven Effekte
5. Zusammenfassung

ANHANG:

Berechnungsmethodik

I. EINLEITUNG: DAS PROBLEM DER HOHEN HEIZKOSTEN

Die Internationale Energieagentur in Paris (IEA) warnt seit Jahren vor einer Versorgungskrise bei Erdöl. Die Ölpreise sind vom Jahr 2009 bis zum Frühjahr 2011 um fast 100% gestiegen; der Gaspreis folgt dem Ölpreis. Trotz Freigabe strategischer Ölreserven und der global schwächeren Konjunktur pendeln die Ölpreise im Sommer 2011 zwischen 100 und 110 Euro/Fass.

Derzeit werden in Österreich 1,7 Millionen Wohneinheiten mit Öl oder Gas geheizt, das ist fast die Hälfte aller Wohnungen.

Demnach sind etwa 4 Millionen Menschen in Österreich direkt von den steigenden Öl und Gaspreisen betroffen mit Mehrausgaben pro Wohneinheit von 500 bis 2000€ im Jahr.

Ein Beispiel:

Ein mittleres Einfamilienhaus, das Raumwärme und Warmwasser mit Erdöl bereitstellt, hat vor sechs Jahren etwa 1400 Euro für den Ölankauf ausgegeben. Im Jahre 2011 sind etwa 3200€ erforderlich – ein Kostenanstieg von 1800€, mehr als 100%.

Hochgerechnet auf alle Betroffenen gibt das etwa Mehrausgaben von 1,9 Milliarden Euro, die jährlich zusätzlich ins Ausland fließen und den inländischen Lebensstandard drücken.

Das gleiche Haus, das die Warmwasser und Raumwärmeversorgung mit Pellets und Solathermie bereitstellt, hat 2011 Energieausgaben von 1300 Euro, also um 1900 Euro weniger als im Falle einer Versorgung mit Erdöl.

Die Umstellung auf erneuerbare Energie bietet im Wärmebereich bietet daher beachtliche Vorteile:

- die CO₂ Emissionen gehen drastisch zurück.
- Die Haushalte können mehr als 50% der Energiekosten einsparen
- die Versorgung wird vom Ausland weitgehend unabhängig

Im obigen Beispiel emittiert das Haus während einer angenommenen 25 jährigen Nutzungsdauer der Ölheizung 250 Tonnen CO₂, für die der Staat Zertifikate kaufen muss, die je nach Annahmen über diese Periode 5000 bis 10000 € kosten. Bei der Energiebereitstellung mit Solarthermie und Biomasse gibt es keine zusätzlichen CO₂ Emissionen!

2. DER UMBAU DER HEIZSYSTEME ALS LÖSUNGSVORSCHLAG

Angesichts dieser Vorteile könnte man erwarten, dass jährlich die Zahl der Öl- und Gasheizungen rasant zugunsten erneuerbare Heizsysteme zurückgeht. Dieser Umstellung erfolgt jedoch relativ langsam. Der Hauptgrund sind die hohen Investitionskosten der Umstellung.

Sie liegen bei dem angeführten Beispiel zumindest bei 22.000 Euro ohne Finanzierungskosten. Die Investitionskosten und auch mangelnde Informationen halten viele von einer Umstellung auf erneuerbare Heizsysteme ab.

Es stellt sich daher die Frage, wie man die Umstellung auf CO₂ neutrale Heizsysteme auf Basis erneuerbarer Energie beschleunigen kann.

ENERGYPEACE schlägt vor, dass auf fünf Jahre eine einheitliche bundesweite Förderaktion für die Umstellung fossiler oder elektrischer Heizsysteme auf Solarthermie, Fernwärme oder Biomasse durchgeführt wird,

mit einem Fördersatz von 40% der Investitionskosten.

Diese Förderaktion soll durch eine entsprechende Informations- und Beratungskampagne begleitet werden, für einkommensschwache Antragsteller soll der Fördersatz erhöht werden, für besonders teure Umstellungen soll eine Förderobergrenze gelten. Im Rahmen dieser Aktion sollen jährlich 40- bis 60.000 Haushalte teilweise oder zur Gänze auf erneuerbare Wärme umgestellt werden. Nach vier Jahren soll eine Evaluierung der Maßnahme erfolgen und über eine Fortsetzung entschieden werden.

Ausgehend von bisherigen Erfahrungen ist für eine solche Maßnahme jährlich mindestens ein Betrag von 150 Mio Euro notwendig.

3. DIE FINANZIERUNG DURCH EINE NOVELLE DES MINERALROHSTOFFGESETZES

Die Finanzierung soll durch eine moderate Anhebung des Förderzinses auf die inländisch Öl- und Gasförderung erfolgen.

Das soll hier näher erklärt werden.

- In Österreich gibt es beachtliche Öl- und Gasvorräte. Jährlich werden etwa 870.000 Tonnen Rohöl und 1,8 Milliarden m³ Erdgas gefördert mit leicht sinkender Tendenz, das sind ausgedrückt in Energieeinheiten 101 PJ (etwa 37 PJ Öl und 64 PJ Gas).
- Die inländische Öl- und Gasförderung floriert seit Jahrzehnten. Auch in den 90er Jahren, als der Ölpreis zwischen 15 und 25 Dollar/Fass schwankte, wurden in Österreich beachtliche Mengen Öl und Gas abgebaut. Seit Jahren steigt jedoch der Ölpreis ständig an, von 15 Dollar/Fass Mitte der neunziger Jahre, auf knapp 30 Dollar im Jahre 2003 und zuletzt auf über 110 Dollar/Fass im ersten Halbjahr 2011.
- Natürlich steigt auch der Wert dieser inländischen Vorräte mit dem internationalen Preisanstieg für Öl und Gas, denn das im Inland produzierte Öl – und Gas wird an die inländischen Kunden nicht zu Preisen aus den 90er Jahren verkauft sondern zu aktuellen Weltmarktpreisen.

Wer profitiert nun von diesem Preisanstieg?

Eigentümer dieser Vorräte ist die Republik. Die Republik vergibt Förderrechte an Firmen, die für die Nutzung dieser Rechte einen Förderzins zahlen, dessen Höhe vom Parlament in dem Mineralrohstoffgesetz festgelegt wird. Man müsste nun annehmen, dass die Republik als Eigentümer der Vorräte Nutznießer des internationalen Preisanstieges bei Öl und Gas ist.

Doch ein Blick auf die Fakten liefert ein anderes Bild: Die Republik verschenkte im Durchschnitt der letzten Jahre 80% der Wertanstieges, der sich aus der internationalen Preisentwicklung gibt, an einige Konzerne und behält sich nur 20% für das eigene Budget zurück. Dadurch ergeben sich außerordentliche Windfallprofits für Firmen, die in Österreich Öl und Gas abbauen.

Die folgende Übersicht gibt einen zahlenmäßigen Überblick über diese Situation und zeigt, dass die Erlöse der Firmen trotz rückläufiger Produktion im Zeitraum von 2003 bis 2008 von 412 auf 755 Mio. Euro gestiegen sind während sich die Bundeseinnahmen aus dem Förderzins nur von 21 auf 107 Mio. Euro erhöhten.

Tab.: Die Aufteilung der Sondererlöse zwischen Firmen und der Republik

	Einheit	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Produktionswert Zu Importpreisen	Mio €	433	446	537	713	698	862
Aufkommen Förderzins	Mio €	21	30	35	72	87	107
Differenz = Produktionswert Minus Förderzins	Mio €	412	416	502	641	611	755

Quelle: I

Die Grundlage dieser Regelung liegt im §69 des Mineralrohstoffgesetzes. Mit diesem Paragraph wird der Förderzins für Öl und Gas durch eine prozentuelle Grenze bezogen auf den Produktionswert in der Höhe von 14% bei Erdöl und 19% bei Erdgas begrenzt.

- **Der §69 (3a) Mineralrohstoffgesetz lautet:**
„(3a) Der Förderzins für flüssige Kohlenwasserstoffe beträgt folgenden Prozentsatz von der Berechnungsbasis:
bei einer Berechnungsbasis von weniger als 75 Euro pro Tonne.....2%
bei einer Berechnungsbasis von 75 bis 400 Euro pro Tonne Rohöl steigt der Prozentsatz linearvon 2% auf 14%
bei einer Berechnungsbasis von mehr als 400 Euro pro Tonne Rohöl ..14%.
(3b) Der Förderzins für gasförmige Kohlenwasserstoffe beträgt folgenden Prozentsatz von der Berechnungsbasis:
bei einer Berechnungsbasis von weniger als 1500 Euro pro TJ Erdgas.....7%
bei einer Berechnungsbasis von 1500 bis 7100 Euro pro TJ Erdgas steigt der Prozentsatz linear7% auf 19%
bei einer Berechnungsbasis von mehr als 7 100 Euro pro TJ Erdgas...19%.“

Bewegt sich der Bezugspreis (Importwert) zwischen den Ober- und Untergrenzen (75 und 400€/Tonne bei Öl, 1500 und 7100€/TJ bei Gas) so wird der Prozentsatz durch Interpolation ermittelt.

In der öffentlichen Diskussion ist der Ölpreis angegeben als Dollar/Fass geläufiger als die Angabe in Euro/Tonne. Da eine Tonne Öl im Schnitt 7,3 Fass Öl entspricht, ergibt sich bei einem Wechselkurs von 1,43 Dollar zu Euro folgende Umrechnung:

Ölpreis in Dollar/Fass	entspricht	Euro/Tonne
15		76
60		306
100		510
120		612
140		715

Die bestehende gesetzliche Regelung führt dazu, dass bei Ölpreisen ab 400 Euro je Tonne Öl (das entspricht je nach Wechselkurs etwa 78 Dollar/Fass) 86% der zusätzlichen Erlöse an die Firmen gehen und nur 14% Prozent an den Staat! Das ist eine groteske Regelung, denn sie bedeutet, dass der Staat ab Ölpreisen über 78 Dollar/Fass (entspricht etwa 400 Euro/t) 86% der Mehreinnahmen aus seinen Bodenschätzen auf Kosten der Bürgerinnen/Bürger unseres Landes an einige Konzerne verschenkt!

Vorschlag:

Es wird daher eine Änderung des Mineralrohstoffgesetzes in der Form vorgeschlagen, dass die Republik bei dem Ölpreisniveau des Jahres 2011 etwa 150 Mio. Euro an Mehreinnahmen erzielt. Dies wäre durch eine Anhebung der Obergrenzen für die Ermittlung des Förderzinses auf folgende Weise:

Öl	Untergrenze	bisher: 75€/t und 2%	neu: soll gleich bleiben
	Obergrenze	bisher: 400€/t und 14%	neu: 600€/t und 33%
Gas	Untergrenze	bisher: 1500€/TJ und 7%	neu: soll gleich bleiben
	Obergrenze	bisher: 7100€/TJ und 19%	neu: 8800€/TJ und 37%

Es ist also nur eine sehr einfache Novellierung des § 69 Mineralrohstoffgesetz erforderlich, um zu einer gerechteren Aufteilung dieser Sondererlöse zu kommen.

Was würde der Vorschlag für das Jahr 2011 im Vergleich zur geltenden Regelung bedeuten?

Im Budget 2011 sind die Einnahmen aus dem Förderzins unter dem Voranschlagsansatz Erträge aus öffentlichen Rechten 2/400004, Post 8297 mit einem Betrag von 118 Mio. € budgetiert (2010: 98 Mio. und 2009 99 Mio, €) Von diesem Betrag entfällt der größte Teil auf diese Förderzinse.

Der obige Vorschlag würde die Einnahmen aus diesem Titel auf etwa 270 Mio. Euro, also um rund 150 Mio. Euro erhöhen. Die Berechnungsdetails sind im Anhang angeführt.

Die Verwendung dieser zusätzlichen Einnahmen

Die zusätzlichen Einnahmen durch die vorgeschlagene Regelung im Vergleich zur geltenden Regelung schwanken von Jahr zu Jahr je nach dem Fördervolumen und der Entwicklung der Importpreise für Öl und Gas. Sie bewegen sich in einer Größe zwischen 130 und 200 Mio. Euro pro Jahr.

Es wird vorgeschlagen, dass mindestens 150 Mio. Euro jährlich für fünf Jahre, von 2012 – 2016, für die Förderungsaktion „erneuerbare Wärme- Wohnen“ budgetiert werden. Mit dem Betrag sollen in erster Linie Investitionen von Privatpersonen, die ihr Heizsystem teilweise oder zur Gänze auf erneuerbare Energieträger in der Form von Fern- oder Nahwärme, Solarthermie oder Biomasse umstellen mit einem Zuschuss von 40% gefördert werden. Im Falle von Mehrfamilienwohnhäusern soll diese Umstellung sinngemäß in gleicher Weise erfolgen. Die Umstellung auf Fernwärme soll auch erfolgen, wenn die Fernwärme zur Zeit noch nicht zur Gänze mit erneuerbaren Energieträgern erzeugt wird.

Die Abwicklung der Aktion soll in bewährter Form durch die Kommunalkredit Austria erfolgen. Die Details der Abwicklung sollen durch eine Novelle zum Umweltförderungsgesetz geregelt werden.

Die gezielte Verwendung der vorgesehenen Mittel für den Ersatz fossiler Heizsysteme durch erneuerbare Heizsysteme führt zu einem wesentlichen rascheren Rückgang der CO₂ Emissionen und zur Erledigung wesentlich mehr Förderungsanträge als dies über eine erweiterte Aktion zur thermischen Sanierung mögliche wäre. Deswegen sollen diese Mittel nicht in die thermische Sanierung gehen, für diese Aufgabe sollen die bewährten Förderaktionen weiterlaufen.

4. DIE EFFEKTE DES VORSCHLAGES „ERNEUERBARE WÄRME – WOHNEN“

Die Effekte dieses Vorschlages lassen sich in Stichworten wie folgt zusammenfassen:

- Einsparungen von 500 bis 2000 Euro/Jahr für Familien, die mitmachen
- Jahresinvestitionen: etwa 500 Mio. Euro würden durch das Programm an Investitionen ausgelöst werden.
- Mehrwertsteuer, zusätzliche Einnahmen/a: 80 Mio. Euro
- Arbeitsplätze, zusätzlich: 9000
- Einnahmen Sozialversicherungsbeiträge, Lohnsteuer: 50 Mio Euro
- Eingesparte Kosten für Arbeitslosenunterstützung: 250 Mio Euro
- Zusätzliche Konsumausgaben: 50 Mio. Euro schon im ersten Jahr
- Verringerte CO₂ Emissionen: mit den Investitionen eines Jahres können auf die Lebenszeit der Anlagen 5 bis 6 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden.

Alternativen bei Nichtrealisierung des Vorschlages:

- Zunehmende Energiearmut, verstärkte Krisenanfälligkeit der Wärmeversorgung, Dämpfung der Inlandskonjunktur durch Geldabflüsse für fossile Energieträger, Nichteinhalten der Treibhausgasreduktionsziele im Bereich Raumwärme.

Finanzielle Auswirkungen zusammengefasst:

- Der Vorschlag führt als Folge der verstärkten Investitionstätigkeit zu höheren Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, der Lohnsteuer, bei den Sozialversicherungsbeiträgen und zu Einsparungen bei der Arbeitslosenunterstützung. Dazu kommen Einsparungen beim Zukauf von Emissionsrechten durch die verringerten Emissionen im Inland und belebende Effekte auf Inlandskonjunktur durch erhöhte Konsumausgaben, die durch Einsparungen bei den Heizkosten möglich werden.
- Die direkten Ausgaben für das Programm werden durch die vorgeschlagenen Anpassung des Förderzinses gedeckt. **Daher ergibt sich insgesamt ein überaus positiver Effekt auf die Bundes- und Landesfinanzen.**

5. ZUSAMMENFASSUNG

- Hunderttausende Familien sind durch den starken Anstieg der Öl- und Gaspreise massiv betroffen.
- Durch eine großzügige Aktion „Erneuerbare Wärme“ könnte in zehn bis 15 Jahren“ die Hälfte aller fossilen Heizsystem teilweise oder zur Gänze auf erneuerbare Wärme oder Nah/Fernwärme umgestellt werden. Dazu wären jährlich mindestens 150 Mio. Euro Bundesmittel notwendig. Sie sollten durch die Anpassung des Förderzinses aus der inländischen Öl- Gasförderung an die neuen Preisrealitäten erwirtschaftet werden.
- Dazu wäre lediglich eine einfache Novelle des Mineralrohstoffgesetzes und kleinere Adaptionen im Umweltförderungsgesetz des Bundes notwendig, um die Aktion bundesweit einheitlich über die bewährten Förderungsstrukturen des Umweltförderungsgesetzes durchzuführen.
- Es wird daher angeregt, dass die Bundesregierung eine Arbeitsgruppe einsetzt, die diese Vorschläge im Detail legislativ ausarbeitet, sodass diese Aktion mit dem Bundesbudget 2012 beschlossen werden kann.

6. QUELLEN:

- 1) Herausforderungen in der Energiepolitik, Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Seite 195 – 198; Wien, 2009
- 2) Unterlagen zur Energiestrategie Österreichs
- 3) Bundesgesetz über mineralische Rohstoffe... (Mineralrohstoffgesetz – MinroG) in Fassung BGBl. INr. 111/2010
- 4) www.tesco.de, Rohölpreise